

Fragen der GEW Hessen zur Landtagswahl 2023

1. Frühe Bildung

1.1. Wie schätzen Sie die personelle Situation in den hessischen Kindertageseinrichtungen ein?

In den hessischen Kitas fehlt es massiv an Personal und deswegen auch an Betreuungsplätzen. Aktuell fehlen laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung in Hessen bereits rund 10.000 Erzieherinnen und Erzieher, bis 2030 könnten es bis zu 25.000 sein. Teilweise mussten Kitas wegen fehlender Erzieherinnen und Erzieher bereits die Betreuungszeiten einschränken. Die gesetzlich verankerten qualitativen Maßnahmen scheitern ebenfalls an der dünnen Personaldecke. Hier müssen wir dringend gegensteuern. In den letzten 25 Jahren wurde massiv versäumt, nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu begegnen. Frühkindliche Bildung muss endlich in der Landespolitik einen höheren Stellenwert bekommen, denn hier wird der Grundstein bei der Entwicklung von Kindern gelegt.

1.2. Der Hessische Rechnungshof empfiehlt den Kommunen regelmäßig, ihre Personalschlüssel am gesetzlichen Mindeststandard zu orientieren und ggf. Personal abzubauen. Halten Sie das für gerechtfertigt?

Nein, das halten wir nicht für gerechtfertigt. Der Hessische Rechnungshof kennt die reale Situation in den Städten und Gemeinden offensichtlich nicht. Statt Personal abzubauen, bedarf es mehr Personals, um die Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen zu verbessern. Auch eine Erhöhung der Kita-Gebühren, wie vom Rechnungshof häufig gefordert, hätte für die Finanzsituation der Kommunen keinen wesentlichen positiven Effekt. Dagegen würden Eltern mit mittlerem Einkommen bei einer Erhöhung überproportional belastet. Es kann nicht die Lösung von Haushaltsproblemen sein, Menschen ausgerechnet im Bereich Bildung und Betreuung stärker zu belasten. Besonders im Bildungs- und Sozialbereich dürfen weder massive Einsparungen an Personal noch Gebührenerhöhungen erfolgen. Stattdessen muss aus unserer Sicht endlich vielmehr eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichtaufgaben erfolgen. Unser Vorschlag dazu liegt seit Jahren auf dem Tisch: Die Übernahme von zwei Dritteln der Kita-Betriebskosten aus Landesmitteln, so wie es uns andere Bundesländer vormachen.

1.3. Was werden Sie tun, um den Personalschlüssel in den Kindertageseinrichtungen und die Arbeitsbedingungen in den Kitas zu verbessern?

Mit dem Kinderförderungsgesetz gibt das Land Hessen den Betreuungsschlüssel vor und regelt auch, wie sich das Land an den Kosten für den Kita-Betrieb beteiligt. Dementsprechend hängen die Arbeitsbedingungen in den Kitas, also zum Beispiel wie viele Kinder auf eine Erzieherin oder einen Erzieher kommen oder wie viel die Kommunen und freien Träger an Gehalt zahlen können, ganz direkt von diesen Landesregelungen ab. Ohne nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, einer Entlastung der Beschäftigten und einer finanziellen Aufwertung wird sich die Situation in den Kitas nicht verbessern. Dazu zählen für uns eine höhere Eingruppierung im Tarifsysteem, die Freistellung des Personals für wichtige Leitungsaufgaben, mehr Zeit für Vor- und Nachbereitungen, für Elternarbeit sowie für Weiterbildung, mehr Zeit für Praxisanleitung von Quereinsteiger:innen und Auszubildenden, um mehr Zufriedenheit und mehr Qualität zu schaffen. Wir streben eine Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels an. Damit das alles – Gebührenfreiheit, Ausbau der Kitaplätze, flexiblere Öffnungszeiten und ergänzende Angebote zu Randzeiten, mehr Personal, bessere Bezahlung und mehr Qualität gelingt, müssen wir die Kommunen stärker finanziell unterstützen. Wir brauchen zudem Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte zur Entlastung des pädagogischen Personals.

1.4. Was werden Sie tun, um mehr ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen und mehr Nachwuchskräfte auszubilden?

Es gibt einen enormen Bedarf der Fachkräftebildung für den Beruf Erzieher*in. Wir wollen dieser Verantwortung gerecht werden, indem wir die Zahl der Ausbildungsplätze an den Fachschulen erheblich ausbauen und einen Studiengang für das Lehramt für berufliche Schulen mit Fach Sozialpädagogik einrichten. Zudem müssen die Ausbildungskapazitäten aufgestockt, das Schulgeld abgeschafft, die Ausbildung grundsätzlich vergütet und eine bessere Praxisanleitung in den Kitas ermöglicht werden. Außerdem setzen wir uns für ein beschleunigtes Anerkennungsverfahren ausländischer Ausbildungs- und Studienabschlüsse ein.

Multiprofessionelle Teams und neue Modelle, wie beispielsweise ein Springermodell, können darüber hinaus eine sinnvolle Ergänzung bei der Personalausstattung an Kitas darstellen. Das Gute-Kita-Gesetz wie auch das Kita-Qualitätsgesetz haben hier auf Bundesebene bewusst neue Maßstäbe in den Personalvorgaben geschaffen, die wir begrüßen. Diese müssen aber auch endlich umgesetzt werden. Zudem wollen wir als SPD-Fraktion zu Beginn der kommenden Legislaturperiode einen Runden Tisch mit allen relevanten Akteuren aus der Praxis einberufen, um kurzfristige Maßnahmen zur Abmilderung des Mangels an Kitaplätzen und Erzieherinnen und Erziehern auszuloten.

2. Soziale Arbeit

2.1. Wie schätzen Sie die personelle Situation im Bereich der Sozialen Arbeit (z.B. Jugendämter, ambulante, teil- und vollstationäre Hilfen zur Erziehung) in Hessen ein?

Hier zeichnet sich das gleiche Bild wie in den Kindertagesstätten ab. Die Träger der Sozialen Arbeit stehen durch den akuten Fachkräftemangel vor immer größer werdenden Herausforderungen. Hinzu kommt, dass die letzten Jahre einen enormen Mehrbedarf an Betreuung hervorgerufen haben, der immer weniger bedient werden kann. In der Folge ist inzwischen die bedarfsgerechte Versorgung der Kinder und Jugendlichen gefährdet.

Die derzeitige Landesregierung ist der Auffassung, dass die Fachkräftesicherung in den sozialen Berufen in erster Linie den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern obliege und sich dieser Sektor dabei nicht von anderen Wirtschaftszweigen unterscheide. Das finden wir sehr naiv, schließlich hängen die Arbeitsbedingungen im Sozialbereich ganz entscheidend vom politischen Rahmen und den zur Verfügung stehenden öffentlichen Mitteln ab.

2.2. Was werden sie tun, um die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit zu verbessern?

Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten in den Kindertagesstätten, der Sozial-, Jugend- und Behindertenhilfe ist erheblich. Corona hat die ohnehin schwierigen Arbeitsbedingungen noch einmal verschärft. Es ist daher mehr als verständlich, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bessere Arbeitsbedingungen einfordern. Wir unterstützen diese Forderungen ganz ausdrücklich. Für uns liegt der Kern vor allem darin, dass die Bezahlung der Beschäftigten auch mit den gestiegenen Anforderungen im sozialen und erzieherischen Bereich Schritt halten muss. Nur so können wir Fachkräfte halten und neue gewinnen, was gleichzeitig zu einer Entlastung im Arbeitsalltag führen muss.

2.3. Was werden Sie tun, um mehr ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen und mehr Nachwuchskräfte auszubilden?

Unser Ziel ist es, die Zahl der Nachwuchskräfte in den erzieherischen Berufen deutlich zu erhöhen. Auch hier gilt, was wir im Bereich der Kindertagesstätten zuvor bereits festgehalten haben: Wir wollen eine attraktive,

vergütete und schulgeldfreie Ausbildung schaffen, für mehr Ausbildungskapazitäten an Fachschulen und in den Studiengängen zur sozialen Arbeit und Kindheitspädagogik sorgen, mehr Karriereoptionen für die Fachkräfte schaffen und Beschäftigungsverhältnisse anstreben, die eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen.

3. Schule

3.1. Nennen Sie bitte die wichtigsten schulpolitischen Schwerpunkte Ihrer Partei für die nächste Wahlperiode.

Unser wichtigster Schwerpunkt in der kommenden Wahlperiode liegt auf der Bekämpfung des Fach- und Lehrkräftemangels an Schulen. Die von der Landesregierung errechnete 104/105 oder gar 137 prozentige Lehrerversorgung ist ein Papiertiger, der mit der Realität an den Schulen nichts mehr zu tun hat. Schulen brauchen eine bedarfsgerechte Zuweisung, die sich an der Schülerschaft orientiert.

Wir wollen die besten Kräfte an allen Schulen und in allen Bildungseinrichtungen. Dafür müssen wir in die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie in (berufsbegleitende) Qualifizierung von Quereinsteiger:innen investieren, Studienplatzkapazitäten massiv ausbauen und Schülerinnen und Schüler fit für Ausbildung, Studium und Beruf machen. Unsere Kinder sind die Fachkräfte von morgen.

Weitere schulische Schwerpunkte sind der Ganztagschulausbau (u.a. Rechtsanspruch), die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Schulen und Entlastung der Lehrkräfte durch zusätzliches Personal (multiprofessionelle Teams).

3.2. Wie beurteilen Sie die Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen in „Einer Schule für alle“ und welche Vorstellungen haben Sie zur Entwicklung der Schulstruktur?

Die SPD-Hessen will die individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen fördern. Wir wollen weg von einer auf Auslese, Ausgliederung und Homogenität fixierten Beschulung. Derzeit verfügt Hessen mit Förderschulen, Grund-, Haupt- und Realschulen, Gymnasien mit G8-/G9- Zweigen, beruflichen Gymnasien, Oberstufengymnasien, Mittelstufenschulen, kooperativen und integrativen Gesamtschulen und Berufsschulen über ein unglaublich ausdifferenziertes Schulsystem, dass die Bildungsungerechtigkeit nicht verringert. Die soziale Herkunft von Kindern spielt immer noch eine große Rolle und ist entscheidend für den Erfolg in der Schule.

Wir sprechen uns für eine Flexibilisierung der Schulen aus. Jahrgangsübergreifendes Lernen und eine flexible Schuleingangsphase sollen gefördert werden. Auch kann die Dauer der Schulzeit bis zum angestrebten Abschluss entsprechend der Lerngeschwindigkeit des Kindes variieren, ohne dass auf die Sanktion des Sitzenbleibens zurückgegriffen werden muss.

Wir setzen auf Binnendifferenzierung in integrierten Gesamtschulen und wollen vielfältige Bildungsangebote unter einem Dach, möglichst ohne Querversetzungen. Wir werden verstärkt individuelle Bildungswege ermöglichen. Dabei sind flexible Eingangsstufen und altersgemischte Klassen hilfreich. Zudem werden wir einen Modellversuch zur flexiblen, modularisierten Oberstufe initiieren und die Einrichtung neuer Oberstufen erleichtern. Wir werden Schulen, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen mit den für ihre wichtige Aufgabe notwendigen Ressourcen ausstatten.

Wir setzen außerdem auf die Weiterentwicklung von fächerübergreifendem Projektunterricht und ganzheitlichen Lernarrangements über den starren 45-Minuten-Takt und getrennte Fächer hinaus.

3.3. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um das Menschenrecht auf inklusive Bildung in Hessen zu verwirklichen? Welche Rolle spielen in Ihrem Konzept die Förderschulen, die Beratungs- und Förderzentren (BFZ) und die inklusiven Schulbündnisse? Wie wollen Sie die Entwicklung multiprofessioneller Teams fördern?

Inklusion ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft und aller Schulen. Deshalb wollen wir alle Schulen baulich, sächlich und personell in die Lage versetzen, inklusiv zu unterrichten. Das Recht auf inklusive Beschulung darf nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern muss überall gelebt werden. Wir sehen Vielfalt an unseren Schulen als Bereicherung und unterstützen unsere Lehrkräfte beim Umgang mit Leistungsheterogenität durch multiprofessionelle Teams und kleinere Klassen.

Wir sehen die sonderpädagogische Ressource als Unterstützungsleistung für alle Schüler:innen einer Schule, haben uns vorgenommen, mehr Stellen für die Inklusion zu schaffen und in diesem Sinn an jeder Schule eine auskömmliche Grundversorgung zur besonderen Förderung sicherzustellen. Dabei ist die Professionalität der Förderschullehrkräfte und deren Vernetzung untereinander zu sichern. Beratungs- und Förderzentren werden wir zusammen mit dem schulpsychologischen Dienst zu Unterstützungsagenturen für alle Schüler:innen aller Schulen weiterentwickeln.

Wir wollen die Ausbildung der Lehrkräfte so verändern, dass diese auf ihre Aufgabe und die Arbeit in multiprofessionellen Teams besser als bisher vorbereitet werden und an den Schulen, insbesondere für die Vielzahl an Verwaltungsaufgaben, die Stellen für Verwaltungsfachkräfte und Bibliothekar:innen ausbauen.

3.4. Wie beurteilen Sie die Forderung der GEW, verbindliche Vergleichsarbeiten, insbesondere die flächendeckenden Vera-Testungen in der Grundschule abzuschaffen?

Wir wollen, dass es die Regel wird, dass Schüler:innen gemäß ihren Kompetenzen eine Rückmeldung über ihren Lernfortschritt bekommen. Der Fokus von Rückmeldungen an Schüler:innen muss darauf liegen, die nächsten Lernschritte zu definieren und Hilfestellungen zu geben. Dabei ist uns Transparenz gegenüber den Lernenden, aber auch ihren Eltern wichtig. Im Vordergrund steht für uns die Verbesserung von Unterricht und individueller Förderung von Schülerinnen und Schülern.

Zur Umsetzung von Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten, dem Durchführen von internen Evaluationen und dem gemeinsamen Planen von Unterricht fehlt den Lehrkräften meistens die Zeit oder ist nicht als Kooperationszeit verbindlich verankert. Für flächendeckende Vergleichsarbeiten müssen zeitliche und personelle Rahmenbedingungen geschaffen und die Angebote von sinnhaften Hilfestellungen dazu in Form von Materialien und Personen ausgeweitet werden.

3.5. Welche Zielvorstellungen haben Sie zur Reduzierung der Klassengrößen insbesondere auch in den Ballungsräumen und sozialen Brennpunkten? Wie beurteilen Sie in diesem Kontext die sozialindizierte Zuweisung von Lehrkräften und wie wollen Sie diese weiterentwickeln?

Wir wollen zusätzliche Stellen schaffen und die Stellen künftig auf der Grundlage schulischer Daten schulscharf zuweisen, um Schulen mithilfe multiprofessioneller Teams gezielter voranzubringen. Den bestehenden Sozial- und Integrationsindex wollen wir dazu weiterentwickeln und auf der Basis des neuen Index Klassengrößen reduzieren und insbesondere die Schulen in besonders herausfordernden Lagen viel stärker unterstützen, damit sie kompensatorisch arbeiten können. Zudem werden wir die Vertretungsreserven aufstocken, damit Unterricht künftig durch qualifizierte Kräfte vertreten wird.

3.6. Nach den Berechnungen der GEW droht die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule ab 2026 aufgrund von fehlendem Personal zu scheitern. Wie sieht Ihre Einschätzung aus, und was sind aus Ihrer Sicht die Bedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Rechtsanspruchs?

Die bisher vorliegenden Berechnungen zeigen, dass Hessen mehr schlecht als recht auf den Rechtsanspruch vorbereitet ist und die Umsetzung zu scheitern droht. Wir haben die Landesregierung mehrfach und nachdrücklich aufgefordert, eine Bedarfserhebung zu Plätzen und Personal durchzuführen, weil wir wollen, dass der Rechtsanspruch auf ganztätige Bildung und Betreuung im Grundschulalter, der 2026 in Kraft tritt, in jedem Ort und in jedem Stadtteil erfüllt werden muss und dies vor allem an Grundschulen. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, den Rechtsanspruch im Schulgesetz abgesichert wird und wollen Standards in Qualifikation und Personalschlüssel, sowie im Bereich Gebäude und Ausstattung, setzen. Wir teilen die Einschätzung der GEW, dass die Umsetzung ohne erhebliche Kraftanstrengungen von Schulträgern und Land stark gefährdet ist. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist aus unserer Sicht unzureichend und wird von der Landesregierung nur ungenügend unterstützt.

3.7. Wie wollen Sie den Ausbau der gebundenen Ganztagschulen insbesondere auch in den weiterführenden Schulen in Hessen voranbringen?

Ganztagschulen leisten aus unserer Sicht einen wesentlichen Beitrag zu mehr Chancengleichheit. Unterrichtsangebote am Nachmittag bieten zusätzliche Möglichkeiten für selbstbestimmtes Lernen und chancengleiche Förderung. Wir werden einen konkreten Ausbauplan für unsere Schulen zu Ganztagschulen entwickeln. Der Ausbau darf nicht nur quantitativ, sondern muss auch qualitativ durch eine neue Rhythmisierung von Unterricht, Freiarbeit und Freizeit während der Schulzeit stattfinden. Dies gelingt am besten in gebundenen und teilgebundene Ganztagschulen unter Beteiligung von Vereinen und weiteren externen Partnern.

Dafür wird mehr und vor allem gut qualifiziertes Personal gebraucht. Bei der Planung und Sanierung von Schulbauten setzen wir auf vielfältig nutzbare Räume, Lern- und Bewegungslandschaften sowie die wechselseitige Nutzung zentraler Bereiche.

3.8. Viele Schulen in Hessen sind aufgrund eines hohen Investitionsstaus marode. Wie bewerten Sie das, und was sollte das Land Hessen tun, um den Investitionsstau aufzulösen?

Die schwarzgrüne Landesregierung hat 2018 im Koalitionsvertrag versprochen, die Schulträger bei der Sanierung und Modernisierung von Schulbauten, insbesondere sanitärer Anlagen, sowie bei der Digitalisierung zu unterstützen. Doch wir sehen nicht, dass die vom Land bereitgestellten Mittel den immensen Investitionsstau auflösen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, aber das Land schiebt die Verantwortung auf die Schulträger ab. Für uns ist die Herausforderung nur gemeinsam zu stemmen.

Wir wollen alle Schulen baulich, sächlich und personell in die Lage versetzen, inklusiv und ganztätig zu unterrichten und die Schulträger bei der Modernisierung der Schulen gezielt unterstützen.

3.9. In Deutschland besteht ein starker Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft. Hessen bildet hier keine Ausnahme. Die bisher vorliegenden Befunde deuten darauf hin, dass sich in der Corona-Krise die Bildungsungleichheit verschärft hat. Was sollte das Land in den nächsten Jahren tun, um dem entgegenzuwirken?

Auch die OECD bescheinigt in ihren Berichten immer wieder, dass die soziale Herkunft in Deutschland und in Hessen noch immer in stärkerem Maß über den Bildungserfolg entscheidet als in vielen anderen Ländern. Das

wollen wir in Hessen angehen und ändern. Bildung muss kostenfrei und die sozialen Herkunftseffekte ausgeglichen werden.

Bildungserfolg darf nicht vom Einkommen der Eltern oder überhaupt von äußeren Rahmenbedingungen abhängen. Kinder sollen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialem und kulturellem Hintergrund oder Behinderung, diskriminierungsfreie gleiche Bildungschancen und damit gute Startchancen für Leben und Zukunft haben. Gleiche Bildungschancen für alle Menschen erreichen wir, indem Chancen nicht vom Wohnort abhängen. Um lange Schulwege zu vermeiden, können im Grundschulbereich altersgemischte Klassen und im weiterführenden Bereich gemeinsame Sekundarschulen dazu beitragen, möglichst wohnort- und betriebsnah alle Kinder und Jugendlichen zu fördern. In den Berufsschulen wollen wir erreichen, dass Erwachsene Zugang zu allen Bildungsangeboten erhalten. Wir wollen gleiche Lehr- und Lernbedingungen in ganz Hessen.

Auf der Basis eines schulscharfen Sozialindexes werden wir Klassengrößen reduzieren und Schulen in besonders herausfordernden Lagen viel stärker unterstützen, damit sie kompensatorisch arbeiten können. Zudem werden wir die Vertretungsreserven aufstocken, damit Unterricht künftig durch qualifizierte Kräfte vertreten wird.

Wir wollen den Klassenteiler für Intensivklassen wieder auf zwölf Schüler:innen senken, um gerade zu Beginn der Bildungsbiographie in Hessen beste Chancen und schnelles Lernen zu garantieren und um es Lehrkräften zu ermöglichen, Schüler:innen optimal zu unterstützen. Außerdem werden wir die Lernmittelfreiheit auf den digitalen Bereich ausweiten, Lernenden und Lehrenden die notwendigen Geräte und Plattformen zur Verfügung kostenfrei stellen.

4. Berufliche Bildung

4.1. Fast die Hälfte der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen verfügt nicht über das Lehramt an Beruflichen Schulen. Wie will ihre Partei dem begegnen?

Wir brauchen dringend mehr junge Menschen, die ein Lehramtsstudium aufnehmen und abschließen. Gerade weil wir einen enormen Bedarf an Fachkräften für den Beruf der Erzieher:in haben, wollen wir in Hessen einen Studiengang für das Lehramt für berufliche Schulen mit Fach Sozialpädagogik einrichten. Vertretungslehrkräften wollen wir eine Perspektive zu bieten. Um den Lehrermangel kurzfristig zu reduzieren, werden wir den berufsbegleitenden qualifizierenden Quereinstieg massiv ausbauen.

Außerdem schlagen wir vor, die Studienkapazitäten der Lehrämter zu steigern und ein Hessen-Stipendium für Berufe mit dauerhaftem Fachkräftemangel einführen (z.B. Landärzt:innen, Lehrer:innen). Daneben werden wir Rechtsanspruch auf das Masterstudium nach dem BA-Erwerb einführen.

4.2. Fachlehrkräfte haben eine höhere Unterrichtsverpflichtung und eine niedrigere Besoldung als ihre Kolleg:innen. Ist das aus Ihrer Sicht gerechtfertigt?

Nein. Wir werden im Dialog mit den Fachlehrkräften über Aufstiegsperspektiven und auf der Basis einer Arbeitszeitstudie über die Änderung der Pflichtstundenverordnung zu diskutieren. Die Arbeit aller Lehrkräfte ist nicht gleich, aber gleichwertig.

4.3. Halten Sie die bisherigen Vorgaben und Rahmenpläne zum Übergang von der Schule in den Beruf für ausreichend? Welche Schwerpunkte wollen Sie in diesem Bereich setzen?

Weiterführende Vollzeitschulformen bieten Anschlussmöglichkeiten an alle allgemeinen Bildungsgänge und Abschlüsse und ermöglichen neben berufsbezogener Qualifizierung weitere Schulabschlüsse. Wir werden die Bildungsgänge so gestalten, dass allen Jugendlichen nach Abschluss der allgemeinen Schule weitere

Bildungswege und Schulabschlüsse möglich sind, um ihre individuellen Bedingungen im Übergang von der Schule in Ausbildung zu verbessern. Ein besonderer Stellenwert kommt hier dem produktionsorientierten Lernen zu, diese Ansätze werden wir stärken, indem wir die an beruflichen Schulen bestehenden Produktionsschulen sichern und weiterentwickeln. Fachoberschulen und berufliche Gymnasien bieten für Jugendliche, die frühzeitig berufsbezogene Schwerpunkte wählen, eine Alternative zu den gymnasialen Oberstufen. Die Angebote beruflicher Gymnasien werden wir ausbauen.

4.4. Unter dem Arbeitstitel „zukunftsfähige Berufsschule“ soll die berufliche Bildung in Hessen umgestaltet werden. Wie beurteilen Sie die Situation der Berufsschulen und wie soll aus Ihrer Sicht die berufliche Bildung gestärkt werden?

Der Versuch der Landesregierung, Berufsschulen unter dem Begriff „zukunftsfähige Berufsschulen“ zu entwickeln, ist aus unserer Sicht gescheitert. Wir werden ein Moratorium für den Prozess verhängen. Wir setzen auf einen Prozess, der auf Partizipation und Transparenz aufbaut.

Wir werden gemeinsam mit Schulen, Gewerkschaften, Hauptpersonalrat Schule, Schulträgern, Kammern, Arbeitgeberverbänden und Hochschulen gemeinsam Wege zu modernen Berufsschulen entwickeln, die wirklich zukunftsfähig sind und den realen Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Investitionen in Berufliche Schulen und Berufliche Bildung sind ein wichtiger Beitrag zu Chancengleichheit und guter Bildung für alle. Gleichzeitig sind sie Wirtschaftsförderung und Standortpolitik. Wir stehen zu starken regionalen Ausbildungsstandorten. Unsere Maxime ist, dass junge Leute möglichst wohnortsnah ihre Ausbildung durchführen können. Investitionen in Berufliche Schulen sind Grundlage für die Ausbildung von Fachkräften und für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsraumes.

Unter dem Stichwort Arbeit 4.0 sehen wir Handlungsbedarf für alle beruflichen Schulen und sorgen für eine geeignete digitale Infrastruktur, neue Lernumgebungen und eine angemessene technische Ausstattung. Neben einem Glasfaseranschluss, W-LAN, Präsentationstechniken und mobilen Endgeräten fördern wir z.B. im KFZ-Bereich autonomes Fahren und Elektromobilität, im Baubereich moderne Gebäudetechnologien, die über Smart Home vernetzt werden, in den holz- und metallverarbeitenden Berufen komplexe digital gesteuerte Fertigungsmaschinen und in den kaufmännischen Berufen komplexe Prozessketten in virtuellen Firmen. Deshalb richten wir geeignete Labore, multifunktionale Werkstätten und flexible Lernumgebungen ein, in denen handlungs- und lernfeldorientierte Bildungsprozesse ermöglicht werden.

5. Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte

5.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um dem Lehrkräftemangel kurz- bzw. mittelfristig zu begegnen?

Dem hohen Fachkräftemangel, wie auch dem Lehrkräftemangel, muss man mit Maßnahmen und Anreizen entgegenwirken. Das gilt für die Lehrkräfteaus- und Fortbildung wie für die Nachwuchskräfte, der jetzt noch die Schulbank drücken. Wir wollen die berufliche Bildung stärken und sehen berufliche und akademische Bildung als gleichwertig an. Gerade um mehr junge Menschen für die duale, betriebliche Ausbildung, die wir stärken wollen, zu gewinnen, muss der Übergang von der Schule in das Erwerbsleben vereinfacht und praxisorientierter werden. Berufsorientierung muss früher ansetzen und wie auch berufliche Bildung an allen Schulformen stattfinden.

Um Vertretungslehrkräften eine Perspektive zu bieten und den Lehrermangel kurzfristig zu reduzieren, werden wir den berufsbegleitenden qualifizierenden Quereinstieg massiv ausbauen.

Wir verändern die Ausbildung der Lehrkräfte so, dass diese auf ihre Aufgabe und die Arbeit in multiprofessionellen Teams vorbereitet werden. Das Praxissemester werden wir vergüten. Wir stellen sicher, dass jede Schule mindestens zwei Lehrkräfte in den Vorbereitungsdienst aufnehmen kann, ohne dass diese auf die schulischen Wochenstunden angerechnet werden. Wir werben für das Lehramtsstudium und setzen mit einem Stipendienprogramm für Mangelfächer auch finanzielle Anreize. Wir werden zur Stärkung der frühkindlichen Bildung die Zahl der Ausbildungsplätze erheblich ausbauen und in Hessen einen Studiengang für das Lehramt für berufliche Schulen mit Fach Sozialpädagogik einrichten.

Der Einsatz befristeter Verträge ohne Sommerferienbezahlen muss ein Ende haben, damit wir keine Abwanderung in andere Bundesländer oder andere Berufe haben. Wir wollen Stellen von Lehrkräften und Schulleitungen zügig nachbesetzen, damit sich alle auf ihre Aufgaben konzentrieren können anstatt Personallücken zu füllen. Wir schaffen ein Institut für Lehrkräftegesundheit, damit Lehrer:innen, die ihre Überlastung anzeigen oder Gewalt erfahren, Beratung und Hilfe erhalten. Zur Entlastung muss in besonderen Fällen für einen definierten Zeitraum eine Stundenreduzierung bei vollem Gehalt möglich sein. Wir müssen Anreize und individuelle Lösungen anbieten, um Lehrkräfte in Teilzeit zu ermutigen, ihre Stundenzahl zu erhöhen.

5.2. Wann kommt nach den Vorstellungen Ihrer Partei endlich die erforderliche Entlastung von Mentorinnen und Mentoren?

Wir sehen die Notwendigkeit, sind aber nicht in Regierungsverantwortung, um die Entlastung umzusetzen.

5.3. Für die Finanzierung der Fortbildung der Lehrer:innen stehen jeder Schule für jede Stelle 40 Euro pro Jahr zu. Halten Sie dies für ausreichend und welche Schritte werden Sie gehen?

Die Höhe ist aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß. Allerdings mangelt es nach wie vor auch an vielen Stellen an den passenden und notwendigen Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte und an Fortbildungskonzepten.

6. Mitbestimmung

6.1 Die Landesregierung hat das Hessische Personalvertretungsgesetzes redaktionell umfassend, inhaltlich aber nur an einigen Stellen novelliert. Wie bewerten Sie die vorgenommenen Änderungen, insbesondere im Hinblick auf den Ausbau demokratischer Rechte der Personalvertretungen, die in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich eingeschränkt wurden? Wie wollen Sie in diesem Zusammenhang die Anrechnungszeiten insbesondere der Schulpersonalräte verbessern?

Die von der schwarzgrünen Landesregierung geschaffene verfassungswidrige Besoldung der Beamtinnen und Beamte wird durch den nun verabschiedeten Gesetzentwurf nicht beendet, die Rechtsgrundlagen entsprechen auch weiterhin nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen, auf die der VGH Kassel in seiner Entscheidung vom 30.11.2021 verweist. Die verfassungswidrige Besoldung der letzten Jahre wird von der Landesregierung auch weiterhin ignoriert, für die kommenden beiden Jahre findet mit jeweils 3 Prozent die Inflationsentwicklung nicht ausreichend Berücksichtigung. Auch wir als SPD werden diese von der Landesregierung über Jahre herbeigeführte Ungerechtigkeit nicht in einem Haushaltsjahr korrigieren können. Eine zeitnahe Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Besoldung der hessischen Beamtinnen und Beamte wird aber priorisiert. Die Personalräte werden ihre Rechte durch die Abbildung ihrer wichtigen Arbeit in Anrechnungsstunden besser durchsetzen können. Darüber hinaus werden wir die Arbeit der Personalräte in Schulen, Schulämtern und am Kultusministerium durch eine wertschätzende und kooperative Arbeitsweise unterstützen.

6.2. Wie stehen Sie zum kirchlichen Sonderrecht, das die Mitbestimmung und die Rechte der Arbeitnehmer:innen nach wie vor auf eklatante Weise einschränkt?

SPD, FDP und Grüne haben auf Bundesebene im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Angleichung des kirchlichen Arbeitsrechts an das staatliche Recht gemeinsam mit den Kirchen zu prüfen. Diese Prüfung wollen wir abwarten.

6.3. Wie stehen Sie zum sogenannten Tendenzschutz, dass die Mitbestimmung von Betriebsräten bei Trägern der Sozialen Arbeit einschränkt?

SPD, FDP und Grüne weisen in ihrem Koalitionsvertrag auch darauf hin, dass sie die Mitbestimmung weiterentwickeln wollen und das Betriebsrätemodernisierungsgesetz evaluieren wollen. Die Einschränkung der Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten sehen wir grundsätzlich kritisch.

6.4. Wie stehen Sie zu einer verbindlichen Aufnahme der Themen Arbeitnehmer:innenrechte, Tarif und Gewerkschaften in den Bildungskanon von Schule, Ausbildung und Studium?

Wir unterstützen die Forderung. Unser Ziel ist es, die Berufs- und Lebensweltorientierung in allen Schulformen zu stärken und schulformübergreifend die Themen Transformation, Finanzen rund um Mietverträge, Steuererklärung, Leben und Arbeiten in der digitalen Welt und vieles mehr zur selbstständigen Lebensführung zu behandeln. Alle Schüler:innen, Auszubildenden und Studierenden sollten im Laufe der schulischen und beruflichen Ausbildung über die Themen Arbeitnehmer:innenrechte, Tarif und Gewerkschaften behandeln.

7. Hochschulen**7.1. Die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse an den hessischen Hochschulen hat sich kaum reduziert. Wie kann es der Landesregierung gelingen, für Daueraufgaben auch Dauerstellen und Normalarbeitsverhältnisse nach der Promotion in Forschung und Lehre zu schaffen? Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für Landesregierungen und Hochschulen, dauerhafte Beschäftigung in Lehre und Forschung auszubauen?**

Wir wollen, dass mangelnde Absicherung und unzureichend geregelte Arbeitsbedingungen an Hessens Hochschulen der Vergangenheit angehören. Wir werden den noch unverbindlichen „Kodex für gute Arbeit an Hessens Hochschulen“ verbindlich ausgestalten und auf alle Gruppen ausweiten. Vor allem wollen wir das Übermaß an Befristungen beenden. Dazu werden wir eine Mindestquote für verbindliche Anschlusszusagen (Tenure Track) für Postdocs schaffen, mehr Festanstellungen am Fachbereich fördern (Department-Modell) und staatlich finanzierte Drittmittel stärker an die Schaffung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse knüpfen.

7.2. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Grundfinanzierung der Hochschulen auf eine nachhaltige und solide Basis stellen? Können Sie sich vorstellen, die bisherige landeseigene Drittmittelfinanzierung in die Grundfinanzierung zu übertragen?

In der neuen Legislaturperiode, die im Januar 2024 beginnt, werden wir uns in Regierungsverantwortung zunächst Klarheit über den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst sowie die finanzielle Situation des Landes verschaffen müssen, um konkrete Schritte zur auskömmlichen und verlässlichen Hochschulfinanzierung, an der wir interessiert sind, umsetzen zu können.

Die SPD Hessen steht für Verlässlichkeit und Planbarkeit in der Finanzierung. Dem gestiegenen Preisniveau in Deutschland werden wir durch ein Sofortprogramm nach einem Regierungswechsel unmittelbar Rechnung tragen, weil wir der Ansicht sind, dass die Hochschulen nicht bis zum Ablauf des Hochschulpakts im Jahr 2025 warten können.

7.3. Viele Hochschulbeschäftigte (von Hilfskräften über Promovierende, Post-Docs und Professorinnen) sind mit Lehre, Forschung und Verwaltung aufgrund der steigenden Aufgaben, aber auch wegen der hohen Lehrbelastung insbesondere an den Hochschulen für angewandte Wissenschaft überlastet und arbeiten weit über die reguläre Arbeitszeit. Zudem leisten gerade Beschäftigte auf Teilzeitstellen immense unbezahlte Mehrarbeit. Wie wollen Sie diesem Problem begegnen?

Gute Hochschullehre verkürzt die Studiendauer, senkt die Abbruchquoten und unterstützt diejenigen, die sich keine privaten Lehrangebote leisten können. Wir werden deshalb bessere Rahmenbedingungen für die didaktische Aus- und Fortbildung von Lehrenden schaffen. Die Überlastung vieler Lehrender durch im Bundesvergleich sehr hohe Lehrdeputate wollen wir abbauen und den zusätzlichen Vorbereitungsaufwand für neue und innovative Lehrinhalte und -methoden besser honorieren. Das derzeitige Deputat an HAWen von 18 SWS stammt noch aus den Anfangszeiten, als die Professor:innen sich ausschließlich mit der Lehre befassten. Seither sind zahlreiche Aufgaben hinzugekommen. Auch hat eine zunehmende Internationalisierung der Studiengänge stattgefunden. Hessen hat sich schon beim Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12. Juni 2003 ausdrücklich das Recht vorbehalten, die Lehrverpflichtung an HAWen von 18 kurz- bis mittelfristig auf 16 Lehrveranstaltungsstunden zu reduzieren. Geschehen ist das bis heute nicht! Wir können uns weitere Absenkungen über die 16 Stunden vorstellen. An den Universitäten beträgt das Lehrdeputat in der Regel 9 SWS. Das in Hessen besonders schlechte Verhältnis zwischen der Anzahl der Studierenden und der Lehrenden werden wir verbessern.

7.4. Ein bedeutender Teil der grundständigen Lehre an hessischen Hochschulen wird von Lehrbeauftragten erbracht. Die GEW schlägt vor, den Stundensatz auf mindestens 50 Euro anzuheben, und auch mindestens sechs Stunden der Vor- und Nachbereitung zu vergüten. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Zur Erhöhung des Stundensatzes und über die Vergütung der Vor- und Nachbereitung gehen wir in Regierungsverantwortung gerne in den Austausch mit den Gewerkschaften. Voraussetzung wäre ein Finanzierungskonzept.

7.5. Mehrere Studien haben bewiesen, dass Beschäftigte mit Sorgeverantwortung während der Corona-Pandemie deutlich weniger publiziert oder Anträge geschrieben haben. Wie wollen Sie sicherstellen, dass insbesondere Frauen aufgrund dieser Dellen im Lebenslauf trotzdem für dauerhafte Beschäftigung als Professorin oder als unbefristet Beschäftigte auf anderen Stellen berücksichtigt werden?

Frauen leisten generell noch immer einen Großteil der Sorgearbeit in unserer Gesellschaft. Das geht nicht selten mit beruflichen Nachteilen und gesundheitlichen Überbelastungen einher. Wir wollen erreichen, dass Hessens Männer wesentlich mehr Sorgearbeit leisten als bisher. Wir wollen aber auch, dass Familiengründung, insbesondere für Frauen, kein Hindernis für das Studium oder eine Karriere in der Wissenschaft ist. Dafür brauchen wir eine familienfreundlichere Gestaltung von Studiengängen und den Ausbau von Kitaplätzen, insbesondere zu Randzeiten. Um den Frauenanteil in der Wissenschaft zu steigern, wollen wir ein eigenes Landesprogramm zur Unterstützung von Wissenschaftler:innen in frühen Karrierephasen auflegen.

7.6. Wie wollen Sie dem beginnenden Fachkräftemangel – nicht nur in den MINT-Fächern – an den Hochschulen begegnen?

Wir fordern seit Jahren ein Hessen-Stipendium für Berufe mit dauerhaftem Fachkräftemangel und im Lehramt für Mangelfächer einzuführen und werden dies nach der Regierungsübernahme umsetzen. Zudem werden wir Studienplatzkapazitäten ausbauen und den Rechtsanspruch auf das Masterstudium nach dem BA-Erwerb einführen.

7.7. Auch in Hessen fordern studentische Hilfskräfte einen eigenen Tarifvertrag (TV-Stud), zum Beispiel durch Aufnahme in den Tarifvertrag Hessen. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Für studentische Hilfskräfte wollen wir Tarifverträge schaffen, indem der TV-H auf Hilfskräfte ausgeweitet und ihnen eine Vertretung in den Personalräten geschaffen wird. Das HPVG soll neben der Mitbestimmung von studentischen Beschäftigten auch eine solche von wissenschaftlichen Beschäftigten regeln. Sofort nach einem Regierungswechsel werden wir mit einem Sofortprogramm für eine Erhöhung der Entlohnung von studentischen Hilfskräften um 15% sorgen.

8. Tarif, Besoldung und Arbeitszeit

8.1. Unterstützen Sie die Forderung nach einer Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder?

Ja. Wir wollen bei einer Regierungsbeteiligung in die Tarifgemeinschaft - unter Beibehaltung der Hessenspezifika - zurückkehren. Das ist für uns eine wichtige Voraussetzung für eine gute und fortschrittliche Verwaltung und das gilt für alle Ebenen.

8.2. Wie stehen Sie zu dem Grundsatz, dass Tarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamte übertragen werden?

Dies halten wir für richtig. Wir als SPD fordern regelmäßig die Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten. Leider gibt es dafür derzeit keine politische Mehrheit.

8.3. Wann gilt für die hessischen Beamtinnen und Beamten die tarifliche Arbeitszeit von 40 Stunden?

Hierzu gab es von Seiten der Landesregierung bisher keinerlei Initiative.

8.4. Nicht zuletzt die Frankfurter Arbeitszeit- und Arbeitsbelastungsstudie hat gezeigt, dass viele Lehrkräfte in Hessen sehr lang arbeiten und überlastet sind. Die Ursachen sind vielfältig. Z.B. weist Hessen im Vergleich der Bundesländer eine hohe Zahl an Pflichtstunden auf. Auch wurde das Schuldeputat trotz neuer Aufgaben bisher nicht erhöht oder Korrektur- oder Kooperationszeiten nicht verbindlich festgelegt. Welche Maßnahmen würden sie in der kommenden Legislaturperiode ergreifen, um hier Verbesserungen zu erzielen?

Wir werden gemeinsam mit den Selbstvertretungen der Lehrkräfte eine Studie zur Lehrerarbeitszeit initiieren und setzen uns für eine gerechtere Anerkennung von außerunterrichtlicher Arbeitszeit ein. Die Personalräte werden ihre Rechte durch die Abbildung ihrer wichtigen Arbeit in Anrechnungsstunden besser durchsetzen können. Darüber hinaus werden wir die Arbeit der Personalräte in Schulen, Schulämtern und am Kultusministerium durch eine wertschätzende und kooperative Arbeitsweise unterstützen. Das haben wir

bereits im Landtag mit unseren Anträgen der Reihe „Gute Arbeit an Schulen“, die alle von CDU und Grünen abgelehnt wurden, gefordert.

8.5. Als eines der letzten Bundesländer hat Hessen ein Gesetz beschlossen, mit dem auch Grundschullehrkräfte in Zukunft nach A13 bzw. E13 vergütet werden. Vorgesehen ist ein Stufenplan, der sich über 5 Jahre erstreckt. Wie bewerten Sie die Umsetzung der Angleichung der Eingangsbesoldung?

Wir haben die langjährige Forderung der Gewerkschaften, Grundschullehrkräfte nach A 13 bzw. E 13 zu besolden, seit langem unterstützt. Die im schwarzgrünen Gesetzentwurf vorgesehene Umsetzung in fünf Stufen mit Einführung von A 13 zum Schuljahr 2028/29 haben wir im Landtag abgelehnt und mit einem Änderungsantrag eine schnellere Einführung in drei Schritten bis 2026 gefordert. Dies wurde von CDU und Grünen abgelehnt.

8.6. Wie stehen Sie zur Tariftreue von Freien Trägern in der Sozialen Arbeit. und wie gedenken Sie für die Einhaltung dieser zu sorgen?

Unser Grundsatz für gute Arbeit muss auch im Bereich der sozialen Arbeit gelten. Wir werden öffentliche Zuschüsse so gestalten, dass sie die Tarifentwicklungen bei den Trägern berücksichtigen, Kostensteigerungen auffangen und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.

9. Weiterbildung

9.1 Die GEW fordert eine bessere Finanzierung der Weiterbildung und eine Erhöhung des Etats um ca. 50 Millionen Euro. Wie stehen Sie zu dem Vorschlag?

Eine bessere Finanzierung der Weiterbildung und die Erhöhung des Etats sind für uns auch vor dem Hintergrund des massiven Fachkräftemangels ein sehr wichtiges Ziel. In welche Höhe werden wir in Regierungsverantwortung entscheiden.

Kommunen und gemeinnützige Träger werden unterstützt, um das breite Angebot der Volkshochschulen und überhaupt der Erwachsenen- und Weiterbildung zu erhalten und auszubauen, aber auch neue digitale Angebote zu schaffen. Niedrigschwellige Sprachfördermaßnahmen und die Angebote der Grundbildung wollen wir ebenso wie die politische Bildung weiter ausbauen.

Um berufliche Qualifizierungen zu ermöglichen, braucht es eine bessere finanzielle Förderung der Träger, damit sie auch inklusive Angebote entwickeln oder Kinderbetreuung anbieten können. Neben der Freistellung zur beruflichen Weiterbildung kommt aus unserer Sicht der politischen Weiterbildung eine immer größere Bedeutung zu. Jeder Mensch, der sich qualifizieren möchte, muss optimal gefördert werden.

9.2. Auch in der Weiterbildung sind viele Honorarlehrkräfte tätig und die Honorare steigen nur bedingt. Wie stehen Sie zu angemessenen höheren Honoraren, die auch die Inflation mitberücksichtigt?

Wir stellen uns gegen prekäre Arbeitsverhältnisse in der Weiterbildung und werden zu einem Dialog mit allen Trägern einladen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.